trend informationen

für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

02.10

Editorial

Gesellschaft
Armutsgefährdung in Deutschland
Relativer Analphabetismus nimmt zu
Klimawandel erfordert Kulturwandel

Arbeitsmarkt
IT-Wissen als Schlüsselqualifikation
Psychische Gesundheit in der IT-Branche
Lohnarbeit in Privathaushalten

Wertewandel
Wirtschaftskrise verändert Wertesystem der Bundesbürger

Demographie
Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource?

Informationstechnologie
Bericht zum virtuellen Wettrüsten und zur „Cyberkriegsführung"

Marketing
Fokussierung auf Kundenorientierung kehrt zurück

Globalisierung
Dimensionen und Chancen der Migration

Materialien
Breitenbach, Joana/ Nyíri, Pál: Maxikulti

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Glück ist das, was der Mensch um seiner selbst willen anstrebt, und nicht um etwas anderes damit zu erreichen." Diese Definition von Glück stammt aus der „Nikomachischen Ethik" von Aristoteles. Seitdem hat die Suche nach dem, was Glück sein könnte und wie man es erreichen kann, den Menschen nicht mehr losgelassen. Philosophen und Psychologen widmen sich der Glücksforschung ebenso wie Sozialwissenschaftler und Physiologen.

Der wohl neueste Zweig ist die ökonomische Glücksforschung. Sie entdeckte, dass das Streben nach Glück eine wirtschaftliche Triebkraft ist. Ihre Ergebnisse werden in einigen Ländern bereits als Entscheidungsgrundlage im politischen Prozess genutzt. So werden in England und Australien systematisch Sozialindikatoren erhoben, die Auskunft über die Entwicklung von „Glückskomponenten" wie etwa des Umweltzustandes geben. In Deutschland dagegen gab es bisher keinen umfassenden Lebenszufriedenheitsindikator. Zur Messung des Wohlstands wurden bisher hauptsächlich Einkommen und Wirtschaftsleistung herangezogen. Jetzt stellte das „Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung Münster" ein Gutachten zu Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland vor, das erstmals einen „Glücks-BIP" zu erfassen versucht.

Ausgangspunkt war die Feststellung, dass sich die Lebenszufriedenheit in Deutschland trotz steigender Wirtschaftsleistung seit Beginn der 1990er Jahre nicht erhöht hat bzw. in Westdeutschland sogar gesunken ist. Nun versucht das Gutachten, die klassischen Wohlstandsmaße durch nachweislich glücksrelevante Indikatoren zu ergänzen. Dazu nutzt es die Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und kommt – wenig überraschend – zu dem Ergebnis, dass die von der internationalen Glücksforschung gefundenen Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheit, Vermögen, Familienstatus, Alter und Region zu einem großen Teil auch für Deutschland gelten.

Es gab aber auch einige spezielle Aspekte: Arbeit stellt in Deutschland offenbar einen Wert an sich dar. Denn arbeitslose Personen erwiesen sich selbst bei gleichem Haushaltsnettoeinkommen nachweislich unglücklicher als nicht arbeitslos gemeldete Menschen. Die zunehmende Einkommensungleichheit ist in Deutschland offenbar kein „Unglücksfaktor". Materielle und soziale Sicherheit scheinen umso wichtiger zu werden, je besser es den Menschen bereits geht. Privates Wohneigentum, gesellschaftliches Engagement und soziale Bindungen sind wichtige Glücksfaktoren.

Der „Glücks-BIP" soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht ersetzen. Es soll nur einen ergänzenden Indikator anbieten, der als zusätzliche Grundlage für politische Entscheidungen dienen kann. So formuliert es der Auftraggeber des Gutachtens, die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft". Der Verlauf des „Glücks-BIP" werde vor allem von der Lage am Arbeitsmarkt und von der sozialen Sicherheit bestimmt. Er folge der Konjunktur mit etwa einem Jahr Verzögerung, was wahrscheinlich dadurch erklärbar sei, dass auch der Arbeitsmarkt mit entsprechender Zeitverzögerung auf Wachstumsschwankungen reagiert.

Das Gutachten kommt zu dem Fazit, dass sich wichtige Glücks-Faktoren wie die persönlichen Lebensumstände und die Lebenseinstellung auch durch ein Glücks-BIP nicht erfassen lassen. Es fordert die Politik aber auf, die Glücksfaktoren positiv zu

gestalten, auf die sie Einfluss hat: „Dazu gehören neben ökonomischen Rahmendaten auch gesellschaftspolitische Weichenstellungen, etwa im Gesundheitswesen und in der Renten-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik". Eine Kurzfassung des Gutachtens und weitere Informationen sind unter http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Studien/Deutschlands-erstes-Gl-cks-BIP.html abrufbar.

Ihre Redaktion

Gesellschaft

Armutsgefährdung in Deutschland

Wie das Statistische Bundesamt (www.destatis.de) unlängst mitteilte, sind nach Ergebnissen der Erhebung „LEBEN IN EUROPA" im Jahre 2007 etwa 15 Prozent der Bevölkerung Deutschlands „armutsgefährdet"gewesen. Damit sei das „Armutsgefährdungsniveau" gegenüber dem Vorjahr 2006 unverändert geblieben. „Vor Berücksichtigung der Sozialleistungen des Staates ergab sich 2007 eine Quote von 24 Prozent (2006: 25 Prozent)."

Die „Armutsgefährdungsgrenze" (auch: „Schwellenwert für Armutsgefährdung"), ab der eine Person im Jahr 2007 als „armutsgefährdet" galt, habe zu dieser Zeit bei einem „Äquivalenzeinkommen" von weniger als 913 Euro monatlich (2006: 885 Euro) gelegen. Für eine Familie (zwei Erwachsene, zwei Kinder unter 14 Jahren) habe dieser Grenzwert 2007 monatlich 1.917 Euro (2006: 1.859 Euro) betragen.

Alleinerziehende am stärksten armutsgefährdet

Bei durchschnittlich 13 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit Kindern habe im Jahr 2007 eine „Armutsgefährdung" vorgelegen, darunter in Haushalten mit einem allein erziehenden Elternteil bei mehr als jeder dritten Person (36 Prozent). Damit gehörten Alleinerziehende zu den am stärksten „armutsgefährdeten" sozialen Gruppen in Deutschland. In Haushalten ohne Kinder seien 17 Prozent aller Personen „armutsgefährdet" gewesen. Besonders betroffen seien hier allein lebende Menschen: 30 Prozent der allein lebenden Frauen und 28 Prozent der allein lebenden Männer hätten im Jahr 2007 nur über ein Einkommen „unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze" verfügt.

2007 sei – wie bereits im Jahr zuvor – etwa jede/r fünfzehnte Erwerbstätige (7 Prozent) trotz Arbeit armutsgefährdet gewesen und zählte damit zur so genannten Arbeitsarmut. Bei Arbeitslosen sei die Quote der Armutsgefährdeten im Jahr 2007 um weitere fünf Prozentpunkte von 51 Prozent (2006) auf 56 Prozent (2007) angestiegen.

Hohe Inanspruchnahme Existenz sichernder Hilfen des Staates

Am Jahresende 2007, so teilt das Statistische Bundesamt an anderer Stelle mit, hätten in Deutschland 8,1 Millionen Menschen **Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme** bezogen. Damit sei damals nahezu jeder zehnte in Deutschland lebende Mensch (9,8 Prozent) auf Existenz sichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen gewesen. Insgesamt seien 2007 für diese Leistungen 41,6 Milliarden Euro ausgegeben worden.

Wie 2006 so seien auch 2007 diese Leistungen in den Stadtstaaten und in den neuen Bundesländern besonders häufig in Anspruch genommen worden. In Berlin habe jeder Fünfte (19,9 Prozent) solche finanziellen Hilfen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts erhalten. Am seltensten hätten dagegen die Menschen in den südlichen Bundesländern entsprechende Unterstützung in Anspruch genommen. Dort habe am Jahresende 2007 rund jeder Zwanzigste (Bayern: 5,0 Prozent; Baden-Württemberg: 5,4 Prozent) Leistungen der Mindestsicherungssysteme bezogen.

Weitere Angaben, Begriffserläuterungen und Tabellen zu diesem Thema finden sich im Internet unter

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/WirtschaftsrechnungenZeitbudgets/LebenInEuropa/LebenInEuropa.psml. *Siehe dazu auch den Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007" (62 S.), der seit kurzem im Internet unter* http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/mindestsicherung.html *zum kostenlosen Download bereit steht.*

Relativer Analphabetismus nimmt zu

Rund vier Millionen „funktionale Analphabeten" leben in Deutschland. Sie sind zur Schule gegangen, können aber schlechter lesen, als es die Welt und ihre Lebensumstände erfordern. Schon vor vielen Hinweisschildern und Zeitplänen müssen sie kapitulieren. Neuerdings wächst aber auch die Zahl jener Menschen, „die lesen können, aber nicht mehr wollen". Laut Angaben der Stiftung Lesen lese ein Viertel aller erwachsenen Deutschen überhaupt keine Bücher mehr. Ganze Berufssparten hielten im digitalen Zeitalter das Lesen von Literatur für Zeitverschwendung. Ein „relativer Analphabetismus" durchziehe heute „fast alle gesellschaftlichen Schichten, bis hinauf in die Welt von Studenten und Managern". Roman Pletter ging in der Wochenzeitung „DIE ZEIT" dieser Entwicklung nach.

„Bereits an Grundschulen arbeiten Lehrer mit vereinfachten Versionen von Kinderbüchern wie Pippi Langstrumpf, weil sie den Eindruck haben, dass viele Schüler die Originale nicht mehr verstehen. Bei den Älteren geht es weiter mit Kleists `Zerbrochenem Krug´ und Shakespeares ´Romeo und Julia´, aus denen komplizierte Sätze gestrichen wurden. Universitätsprofessoren der Geisteswissenschaften berichteten den Autoren einer Studie der Universität Dortmund nicht nur von ´Lesefaulheit´, sondern von ´intellektueller Legasthenie´ ihrer Studenten. Die wenigsten seien noch in der Lage, komplexe und abstrakte Texte zu durchdringen."

Mittelschicht: Lesen zur Status-Sicherung

Auf der einen Seite sehen Marktforscher eine regelrechte „Titelflut" im Buchhandel, auf der anderen Seite müssen sie konstatieren, dass nur wenige Bücher gekauft und noch weniger zu Ende gelesen werden. „Verwirrend" sei auch die Erkenntnis von Experten, dass „die bürgerliche Mitte" aus Angst vor dem Absturz in die Unterschicht lese. „Die Pisa-Studien beschäftigen diese Gruppe ähnlich wie Hartz IV. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder abrutschen. Sie wollen, dass ihre Kinder lesen, um den Status zu sichern". Viele Vertreter der Mittelschicht hätten deshalb ein eher „funktionales Verhältnis" zum Lesen.

„Kleist an Hauptschulen? Lindgren an Haupt- oder Grundschulen? Das ginge nicht mehr", berichteten Lehrer und Schulbuchexperten. In den fünften Klassen seien manche der Hauptschüler zehn Jahre, andere 16 Jahre alt. Die Lehrer würden ja gerne gute Literatur mit ihnen lesen – aber selbst wenn es nicht all die anderen Probleme gäbe: Ihre Schüler seien nicht in der Lage dazu. Texte mit einfacheren Satzstrukturen als die Originale mussten her - „die einfache Version oder gar nichts".

Wirtschaft: Komplexes Leseverständnis als Notwendigkeit

Unter biologischen Gesichtspunkten sei Lesen eine eher unnatürliche Handlung, so die Psychologen. Es gebe beim Menschen –

anders als beim Sprechen - keine Anlage dafür. „Lesen ist hart erlerntes kulturelles Handwerk, Hirnarbeit (...)." Und solche, an komplizierten Texten und an Widersprüchen geschulten „Lesemenschen" brauche gerade auch die Wirtschaft. Das Lesen von langen Texten und die Auseinandersetzung mit wissenschaftlich-philosophischen Inhalten machten, davon sei auch Prof. Dr. Stephan Jansen (Präsident der Zeppelin University, Friedrichhafen) überzeugt, „den Unterschied zwischen einem guten und einem mäßigen Konzernvorstand aus".

„Was sein Fachgebiet angeht, hat er die Hoffnung fast schon verloren. Die Ausbildung von Betriebswirten, wie man sie kenne, mit Zahlen und komprimierten Lehrbüchern, sei ´erfolgreich, aber folgenlos´, sagt Jansen mit Freude an der Polemik. Er beobachtet Studenten, die Skripte auswendig lernen, und Professoren, die kein Interesse am Widerspruch haben. (...) Vielleicht wäre die Finanzkrise, wie sie derzeit die Welt erschüttert, mit Jansens Lesemenschen nicht so schlimm geworden. Schließlich haben sich die Finanzmenschen nur auf Buchstabenfolgen wie AAA verlassen, wenn es um die Qualität von Geldanlagen ging. Hätten sie nachgelesen, nachgefragt, vielleicht hätten sie dann die Widersprüche entdeckt."

Schnelllesekurse statt Zeit für Textverständnis

Lesen würden heute nicht einmal mehr jene Führungskräfte, die Abertausende Seiten von Prospekten der Aktiengesellschaften für Investoren herausgeben. „Sie kopieren Textbausteine." Schon biete man für die Frankfurter Bankenwelt „Schnelllesekurse" an, die Management-Version für 1.090 Euro (zwei Tage in der Kleingruppe im Hotel). Dabei würden die Teilnehmer angehalten, beim Lesen „nicht mehr innerlich mitzusprechen". Sie sollten „nicht ständig zurückspringen, sondern ´vorwärtsorientiert lesen´. Sie sollten mit den Gedanken nicht abschweifen, ´sonst preschen andere Gedanken in die Lücke, vor allem bei langweiligen Texten´. Sie sollten sich nicht mehr mit jedem einzelnen Wort befassen". Man könne bis zu vier Wörter „ohne extra Blickstopp" erfassen.

Die Frage, „inwieweit sich der Leser selbst vom Lesen entwöhnt" und wie weit ihm dabei Verlage und Massenmedien zu Diensten sind, habe sich der Autor bei seiner Tour durch Deutschland immer öfter gestellt. Auch das Argument, dass die Zahl der „Onlineleser" ständig wachse, sei wohl kritisch zu hinterfragen: Nicht jeder „Onlineklicker" vertiefe sich als „Onlineleser" auch wirklich in die Texte. „Der Durchschnittsbesucher von Spiegel Online verweilt gut 37 Minuten auf der Seite – pro Monat."

Das Dossier der Wochenzeitung „DIE ZEIT" unter dem Titel „Ein Land verlernt das Lesen" (10 S.) ist im Internet unter der Adresse www.zeit.de/2009/47/DOS-Der-deutsche-Leser zu finden und dazu gleich zahlreiche Kommentare, in denen die aufgeworfenen Probleme recht kontrovers erörtert werden.

Klimawandel erfordert Kulturwandel

Über dreißig namhafte Vertreter der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften diskutierten anlässlich der Ersten Spiekerooger Klimagespräche (www.spiekerooger-klimagespraeche.de) über den Umgang der Gesellschaft mit dem Klimawandel. „Herausfordernde Themen brauchen eine besondere Herangehensweise und einen ungewöhnlichen Ort", so der Initiator dieser Gespräche, Prof. Dr. Reinhard Pfriem, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. In der inspirierenden Atmosphäre des Galerie- und

Künstlerhauses Spiekeroog könne man „einmal anders über einen gesellschaftlichen Wandel" nachdenken. Außerdem seien auch Diskussionen auf Insel-Exkursionen an den weitläufigen Stränden oder im Strandkorb geführt worden. Die Gespräche sollen jährlich stattfinden.

Im Blickpunkt hätten diesmal Fragen gestanden wie „Warum gibt es in der Gesellschaft kein stärkeres ökologisches Gewissen?" oder „Mit welchen gesellschaftlichen Strategien kann dem Klimawandel angemessen begegnet werden?"

Erste Kernaussagen auf diese Fragen wurden in den **„Spiekerooger Thesen"**zusammengefasst:

1. Die Bewältigung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn weltweit ein größeres Maß an Gerechtigkeit hergestellt wird - auf dem Weg zu einer ökologischen Weltwirtschaft.
2. Eine klimafreundliche Gesellschaft braucht Formen der Bedürfnisbefriedigung und Anerkennung, die nicht von Konsum und Produktion abhängen. Eine Ökonomie des Wachstums und des Wettbewerbs muss durch eine Ökonomie des Teilens ersetzt werden ("sharing economy").
3. Klimawandel erfordert Kulturwandel. Technische Innovation ist hilfreich, aber nur ein Element im Umgang mit dem Klimawandel. Diese Entwicklung zur Nachhaltigkeit nutzt das Bedürfnis, sinnvoll und erfüllt zu leben.
4. Zur Bewältigung des Klimawandels brauchen die Akteure aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft klare Rahmenbedingungen, Zielvorgaben und Sanktionen. Unser Wissen zum Klimawandel kann nur dann zum Handeln führen, wenn klare Bezüge zu unserem Alltag deutlich werden.
5. Der enorme Handlungsdruck in der Klimawandeldebatte fordert eine inter- und transdisziplinare wissenschaftliche Arbeit, eine rein naturwissenschaftliche Betrachtung reicht nicht aus.

Gesellschaftliche Strategie für den Klimawandel erforderlich

Technische Innovationen allein, darin seien sich die Wissenschaftler einig, könnten das Klimaproblem nicht lösen. Angeregt wurde darüber diskutiert, ob die gesellschaftliche Strategie zur Bewältigung des Problems auf einen reinen Verzicht (Energie sparen, Konsum reduzieren) hinauslaufen dürfe, oder ob es nicht vielmehr gelingen müsse, „andere befriedigende Lebensformen" zu entwickeln. In jedem Fall verlange der Klimawandel aber, „dass wir unsere modernen Leitbilder in Frage stellen, auch was das Wohnen anbelangt".

„Es geht ganz grundlegend und Sektoren übergreifend darum", so erläuterte Pfriem einem Reporter, „eine Wende oder Kehre – und diese Begriffe würde ich dann schon in den Mund nehmen - zu schaffen, dass der permanente Zwang zu Wirtschaftswachstum aus den Unternehmensstrategien herausgenommen wird, dass Unternehmen lernen in ihrer strategischen Entwicklung stärker von Massenproduktion zu differenzierter Qualitätsproduktion überzugehen, d. h. im Klartext weniger, aber qualitativ gut statt viel in diese Wegwerfgesellschaft hineinzuwerfen, (...) und es muss natürlich auch auf der Seite der Konsumenten sich etwas ändern - mehr: das, was man gekauft hat zu genießen und Zeit zu genießen als immer neuen – brutal ausgedrückt – Schrott zu kaufen, mit dem man gar nicht viel anfängt und den man einen Monat später durch etwas anderes

ersetzt."

Die Ersten Spiekerooger Klimagespräche hätten neben den Naturwissenschaftlern endlich auch die Kultur- und Sozialwissenschaftler mit in die Debatte einbezogen.

Berichte über das Erste Spiekerooger Klimagespräch, darunter auch die „Spiekerooger Thesen 2009 (6 S.) finden sich im Internet unter http://www.spiekerooger-klimagespraeche.de*. Es ist vorgesehen, die Diskussionsergebnisse in einer Publikation zu veröffentlichen.*

Arbeitsmarkt

IT-Wissen als Schlüsselqualifikation

Nur noch weniger als zehn Prozent aller Jobs werden im Jahr 2014 ohne IT-Kenntnisse ausgeübt werden können. Das zeigt eine Studie, die die Beobachter der europaweiten IT-Märkte von IDC (http://www.idc.com/germany/) im Auftrag von Microsoft erarbeitet haben. Dazu befragten die Experten im Herbst 2009 etwa 1.000 Personalentscheider aus 13 EU-Ländern danach, welche Bedeutung sie IT-Basiskenntnissen für den beruflichen Erfolg in der heutigen und der zukünftigen Arbeitswelt beimessen.

Folgende Untersuchungsergebnisse werden in der Studie besonders hervorgehoben:

- Die Bedeutung von IT-Kenntnissen nehme auf dem europäischen Arbeitsmarkt weiter zu. Etwa die Hälfte der Personalverantwortlichen habe bestätigt, dass für immer mehr Jobs IT-Kenntnisse zur Grundvoraussetzung werden. Diese Entwicklung sei bedingt durch den weiter steigenden Einsatz von Informationstechnologien in den Unternehmen.
- IT-Basiskenntnisse seien wichtig für den Unternehmenserfolg. Schon 2008 seien laut der offiziellen Statistik in Deutschland in 84 Prozent aller Unternehmen PC und Internet eingesetzt gewesen. Die Personalverantwortlichen erwarteten, dass bei der Auswahl von Bewerbern in den kommenden fünf Jahren die IT-Kompetenz als Schlüsselqualifikation noch mehr Bedeutung erlangen wird. Rund 80 Prozent meinten, 2014 werde IT-Kompetenz im Einstellungsprozess als ein Entscheidungskriterium gelten.
- Nach Einschätzung der Verantwortlichen verbreitere sich aber derzeit in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, in den Niederlanden, in Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Spanien, in der Tschechische Republik und Ungarn „der berufliche digitale Graben". Im Jahr 2014 werde Deutschland noch immer 13 Prozent Arbeitnehmer ohne IT-Basiskenntnisse haben. Damit liege Deutschland dann deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 9,5 Prozent. Während andere Länder den Anteil an IT-Analphabeten in den kommenden Jahren signifikant reduzieren könnten, stagniere in Deutschland der Anteil unqualifizierter Arbeitskräfte mit 13 Prozent auf fast unverändert hohem Niveau. Die jüngere Generation sei zwar größtenteils versiert im Umgang mit benutzerfreundlichen Geräten, verfüge aber meist über keine grundlegenden Kenntnisse über die Funktionsweise der Technologien.
- In Deutschland bestehe große Nachfrage nach Qualifizierungsmaßnahmen. Laut den deutschen Personalverantwortlichen sei der Bedarf nach IT-Weiterbildung gleich bleibend hoch. Fast jeder zweite Personalentscheider sehe auch in Zukunft noch Schulungsbedarf bei IT-Basiskenntnissen. Im Einzel- und Großhandel und in der öffentlichen Verwaltung sei die Nachfrage mit mehr als 50 Prozent am größten. Obwohl die Personalentscheider den wachsenden Bedarf an IT-Qualifizierung erkennen würden, bestehe bei den Unternehmen jedoch wenig Bereitschaft, in Schulungen zu investieren. Bei der Vermittlung von IT-Basiskenntnissen sei vor allem das Bildungssystem gefordert. Mehr als die Hälfte der Befragten sprechen sich für die Vermittlung von IT-Kenntnissen schon in der vorschulischen Bildung aus und für eine bessere Einbindung des Elternhauses in diese Wissensvermittlung.

- Die Bedeutung einer Zertifizierung von IT-Kenntnissen für die berufliche Entwicklung nehme zu. Davon sei mehr als die Hälfte der befragten Personalentscheider überzeugt. Schon mehr als 20 Prozent von ihnen hielten eine entsprechende „Zertifizierung der Mitarbeiter" für unverzichtbar, um mit neuen Anforderungen mithalten zu können. Das gelte sowohl für bestehende Arbeitsverhältnisse als auch für Neueinstellungen.

„Die Einschätzung der Personalverantwortlichen ist besorgniserregend",warnte der Vorsitzende der Geschäftsführung von Microsoft Deutschland, Achim Berg, der zugleich als Vizevorsitzender des Branchenverbandes BITKOM und als Vorsitzender des Beirates der Initiative IT-Fitness fungiert.„Im Hinblick auf berufsrelevante IT-Kenntnisse wird der digitale Graben zwischen Deutschland und anderen europäischen Staaten größer." Deutschland verliere den Anschluss an Westeuropa. Achim Berg fordert von Politik und Wirtschaft „mehr Investitionen in IT-Aus- und Weiterbildung, um den Standort Deutschland zu sichern und dessen Wettbewerbsfähigkeit zu stärken".

Gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat Microsoft Deutschland im Rahmen der Initiative IT-Fitness (www.it-fitness.de) eine kostenfreie Lernplattform geschaffen, die die IT-Fähigkeiten der Beschäftigten und das wirtschaftliche Wachstum vor allem in kleinen mittelständischen Unternehmen fördern soll.

Die „Stuttgarter Erklärung" des Vierten Nationalen IT Gipfels (Dezember 2009) unterstreicht immerhin die Absicht, „die Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur zu stärken und so die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit zu verbessern" und dazu ein „entschlossenes und gemeinschaftliches Handeln von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft" zu fördern.

Informationen zur Studie von IDC, das Whitepaper zu IDC-Studie „Post Crisis: e-Skills Are Needed to Drive Europe's Innovation Society" (14 S., engl.) sowie ein „Faktenpapier" zur Studie von IDC finden sich im Internet unter http://www.microsoft.com/germany/presseservice/detail.mspx?id=532911. *Die erwähnte „Stuttgarter Erklärung" des Vierten Nationalen IT-Gipfels (10 S.) findet sich im Internet unter* http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=322526.html.

Psychische Gesundheit in der IT-Branche

Im November 2009 lief im Europäischen Kulturkanal ARTE der Dokumentarfilm „Burnout - Schuften bis zum Umfallen", der die gesundheitliche Belastung hochqualifizierter Angestellter in Unternehmen der IT-Branche thematisierte. Es wurde gezeigt, dass Burnout, Depressionen und Panikattacken bei Angestellten dieser Branche immer mehr zunehmen. Die Darstellung stützte sich unter anderem auf das Forschungsprojekt DIWA-IT, in dem Experten des Münchner Institutes für Sozialwissenschaftliche Forschung (http://www.isf-muenchen.de/) mit Hilfe von Tiefeninterviews Beschäftige großer deutscher IT-Firmen zu ihren Arbeitsbedingungen befragt hatten. „Wir waren erschrocken", resümiert Dr. Andreas Boes das Ergebnis der Untersuchungen, „welches Ausmaß das in den letzten Jahren angenommen hat".

Als Hauptgrund für die extreme Gesundheitsbelastung von IT-Beschäftigten habe man ein „System permanenter Bewährung"

identifiziert: Die Hochqualifizierten müssten stets aufs Neue beweisen, dass sie „überhaupt ein Recht haben, bei ihrer Firma beschäftigt zu sein". Existenzielle Verunsicherung sei das Resultat. „Im Verein mit Leistungsverdichtung, den Paradoxien neuer Managementkonzepte und einer Veränderung der betrieblichen Sozialordnungen treibt diese Unsicherheit die Beschäftigten dazu, permanent über ihre Grenzen hinauszugehen."

Grundlegende Verschärfung der Belastungssituation

„In der IT-Industrie hat es eine grundlegende Zeitenwende gegeben", resümiert der Soziologe Dr. Tobias Kämpf. „Sie setzt ein mit dem Zusammenbruch der New Economy, geht aber über dessen direkte Folgen weit hinaus. Firmen haben den Umgang mit ihren Beschäftigten verändert. Entstanden ist dabei eine ganz neue Belastungskonstellation. Was wir feststellen, ist keineswegs nur eine kurzfristige Belastungsspitze, sondern eine grundsätzliche und dauerhafte Verschärfung der Belastungssituation. (...) Was die Beschäftigten in ihrer Arbeit erleben, läuft ihren Ansprüchen zunehmend entgegen. Sie empfinden es als immer schwieriger, Dinge wie Spaß oder eine kollegiale Atmosphäre zu verwirklichen. (...) Mitarbeiter werden heute für Ziele verantwortlich gemacht beziehungsweise haben das Gefühl, verantwortlich zu sein, verfügen aber gleichzeitig nicht über die Ressourcen, um diese Ziele tatsächlich erreichen zu können. Sie fühlen sich dann in einer permanenten ´Mission Impossible´ gefangen." (CIO, IT-Wirtschaftsmagazin für Manager http://www.cio.de/news/cionachrichten/2210853/)

Sehr stark machten den Mitarbeitern „zunehmende Leistungsverdichtung" und „die Geschwindigkeit in der Arbeit" zu schaffen. Das „Hamsterrad drehe sich hier schon extrem schnell".

Folgen des Kulturwandels in den Unternehmen

Zentrales Problem sei der Verlust von Wertschätzung. In einem der Interviews habe ein IT-Spezialist bekannt: „Man ist hier nur noch eine Nummer, die man am besten weg-ekelt." Mitarbeiter würden „nur noch als Zahlen" behandelt, aber nicht mehr als ganze Menschen. Das sei die „zentrale Chiffre" dafür, wie die Beschäftigten den Kulturwandel in den Unternehmen erlebten. Sie fühlen sich lediglich als ein Kostenfaktor wahrgenommen. In der Folge gingen die Identifikation mit dem Unternehmen und der Spaß an der Arbeit verloren. 53 Prozent der Befragten erwarteten eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitssituation.

Noch spiegle sich die Gesundheitsgefährdung nicht im Krankenstand wider. Aber alle wüssten, dass ihre Gesundheit „am seidenen Faden" hänge. Sie würden jedoch nicht den Mut aufbringen, an diesem Zustand etwas zu verändern. In den IT-Unternehmen friste die Gesundheitsförderung „häufig nur ein Nischendasein", das allenfalls in betrieblichen „Sonderveranstaltungen" praktiziert werde. Typische Erkrankungen seien „in krassen Fällen Burnout, Hörsturz, Tinnitus und Depressionen. In leichteren Fällen leiden viele an Schlafstörungen oder Magenproblemen, sie können nicht mehr abschalten (...)". Mehr als 50 Prozent der Befragten hätten das Erreichen ihrer Belastungsgrenze schon einmal in Form eines gesundheitlichen Zusammenbruchs erfahren.

Nachhaltige Gesundheitsförderung etablieren

Ein grundsätzliches Umsteuern sei hier notwendig. Nachhaltige Gesundheitsförderung müsse von einem „Thema am Rande zu

einem grundlegenden Bestandteil von Organisationsentwicklung und Firmenpolitik" werden. In den IT-Unternehmen müsse eine solche Kultur etabliert werden, „in der Verbesserungsvorschläge und Anregungen von Mitarbeitern ernst genommen werden". Bei der Reorganisation von Prozessen und von Einrichtungen sollten die Erfahrungen der Mitarbeiter den Ausgangspunkt bilden. Konsequenzen, die sich bei Reorganisationen für die Belastungssituationen ergeben, sollten „zu einem zentralen Gestaltungspunkt" werden. Als ersten Lösungsansatz schlagen die ISF-Experten vor, die IT-Mitarbeiter sollten in Teamsitzungen auch offen über ihre persönlichen Belastungen sprechen.

Informationen und Veröffentlichungen zum Projekt „Demographischer Wandel und Prävention in der IT (DIWA-IT)", darunter eine Präsentation zum Vortrag von Andreas Boes, Tobias Kämpf, Katrin Trinks über „Eine neue Belastungskonstellation in der IT-Industrie – Was tun? Leitlinien für eine nachhaltige Gesundheitsförderung (24 S.) finden sich unter http://www.diwa-it.de/ *im Internet.*

Lohnarbeit in Privathaushalten

Arbeiten im Haushalt werden in der Öffentlichkeit meist nicht wahrgenommen. Doch gerade in der Hausarbeit finde „eine umfassende gesellschaftliche Verschiebung" statt: Der Trend zur Privatisierung der Pflege- und Betreuungsarbeit lasse den Arbeitsmarkt für „irreguläre Arbeit" anwachsen. Frauen aus so genannten Niedriglohnländern bildeten eine wachsende Schicht „prekär beschäftigter Hausangestellter", die zunehmend auch Pflegeaufgaben übernehmen würden. Die Organisation „Denknetz", Zürich (www.denknetz-online.ch) untersucht, welche gesellschaftlichen Kräfte hinter dieser Entwicklung stehen, beleuchtet die Situation in der Schweiz und stellt Überlegungen zu „Gegenstrategien" an.

„Der Begriff hauswirtschaftliche Arbeit umfasst folgende Tätigkeiten: Kochen, Wäsche waschen und Bügeln, Reinigen, Gartenarbeit, Wach- und Transporttätigkeiten, Pflege und Betreuung von Kindern, Behinderten, Kranken und Alten. Der Bereich Pflege und Betreuung beansprucht den größten Anteil an der geleisteten hauswirtschaftlichen Arbeit und gliedert sich wiederum in zahlreiche Tätigkeiten, die eine hohe fachliche Kompetenz erfordern."

Seit es Lohnarbeit gibt, gebe es auch Formen bezahlter häuslicher Arbeit. Die Arbeit, die Gesinde, Dienstmädchen oder -boten gegen Geld, oftmals jedoch auch nur gegen Kost und Logis, verrichteten, habe „vielfach die Züge feudaler Abhängigkeitsverhältnisse" getragen. Da „Arbeitsstandards und klare Grenzziehungen" für häusliche Arbeit bislang fehlen würden, begründe Lohnarbeit in Privathaushalten oftmals noch immer „neofeudale Abhängigkeitsverhältnisse". Schon die Bezeichnung „Haushaltshilfe" suggeriere, dass es sich hier nicht um „richtige" Arbeit handele.

Zahl der Hausangestellten wächst weltweit

Verfügbare Daten (2006) zeigten, dass der Anteil der Hausangestellten an der Erwerbsbevölkerung weltweit wachse. Mit Anteilen von 1,24 Prozent (Schweiz), 1,78 Prozent (Israel), 2,50 Prozent (Frankreich), 2,67 Prozent (Luxemburg), 3,85 Prozent (Spanien), 7,94 Prozent (Argentinien) und 8,66 Prozent (Südafrika) stellten die Hausangestellten einen beträchtlichen Anteil am Arbeitsmarkt. Der Frauenanteil bewege sich hier zwischen 79,7 und 92,4 Prozent, bei Pflege- und Betreuungsarbeiten sogar bei

fast 100 Prozent.

In der Schweiz sei der Anteil von bezahlten Beschäftigten in Privathaushalten von 49.000 im Jahr 1995 auf 61.000 im Jahr 2008 gewachsen. Dies entspreche 1,4 Prozent aller Erwerbstätigen bzw. 0,7 Prozent des statistisch erfassten Arbeitsvolumens. Allerdings müsse „von einer vergleichsweise sehr hohen Kluft zwischen deklarierten und tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden ausgegangen" werden.

„Die Gewerkschaft Unia geht – ausgehend von diversen Studien – deshalb von über 100.000 Personen aus, die in Schweizer Privathaushalten arbeiten. In Privathaushalten müsse von einer vergleichsweise sehr hohen Quote von unangemeldeter Arbeit (Schwarzarbeit) ausgegangen werden. Kantonale Schätzungen zur Zahl und Lebenslage von Menschen ohne offizielle Papiere (Sans-Papiers) gehen ebenfalls davon aus, dass die Mehrheit in Privathaushalten arbeitet – naturgemäß unangemeldet."

Geringe gesellschaftliche Anerkennung

Der „zentrale Aspekt", der die Arbeit im Privathaushalt „in grundsätzlicher Weise negativ" bestimme, sei ihre geringe gesellschaftliche Anerkennung. Dies sei zum einen ihrem vermeintlich privaten, zum anderen ihrem vermeintlich unproduktiven Charakter geschuldet, und zum dritten sei dies „stark mit Genderaspekten" verbunden:

„Die Fähigkeiten, die zur Ausübung der hauswirtschaftlichen Arbeit erforderlich sind, gelten gemeinhin als dem weiblichen Naturell ´gegeben´ – sei dies biologistisch begründet oder durch geschlechtspezifische Sozialisation erworben. Diese Fähigkeiten müssen diesem Verständnis nach lediglich abgerufen werden. Sie gelten damit nicht als Qualifikationen, die in einem Lernprozess erworben wurden und die stets aufs Neue einer komplexen Arbeitswirklichkeit angepasst werden müssen."

Hauswirtschaftliche Arbeit bleibe auf diese Weise „völlig unterbewertet". Das finde auch darin seinen Ausdruck, dass in Ländern wie der Schweiz, Dänemark, Finnland sowie in vielen Ländern Asiens und Nordafrikas keinerlei verbindliche Mindestlöhne existierten, weder in gesetzlicher Form noch in Form von Kollektivverträgen. In jenen Ländern, wo gesetzliche Mindestlöhne festgelegt sind, gelten sie auch für hauswirtschaftliche Arbeiten, „allerdings oftmals auf sehr tiefem Niveau".

Hoher Anteil an Au-Pair-Vereinbarungen

Ein beachtlicher Teil hauswirtschaftlicher Arbeiten werde auf Basis von „Au-Pair-Vereinbarungen" geleistet, die weltweit bei Familien und jungen Menschen recht beliebt seien. Beide Seiten profitierten von den Vereinbarungen: Die Jugendlichen lernten Sprache und Kultur kennen, erhielten Unterkunft, Verpflegung und je nach Land ein Taschengeld („in der Schweiz 600 bis 700 Franken, in Deutschland etwa 250 Euro"). Der Haushalt profitiere von der Mithilfe der „Au-Pairs". Deren „Hilfstätigkeiten" (z. B. Babysitten und Kinder betreuen) sollten eigentlich nach internationalen Richtlinien auf wenige Stunden pro Tag begrenzt sein. In der Praxis nützten allerdings Haushalte immer wieder die unbürokratischen Rekrutierungsmöglichkeiten für „Au-Pairs" dazu aus, zeitweise eine vollwertige Haushaltsangestellte zu beschäftigen. Schweizer Wissenschaftler berichteten in Untersuchungen auch über Fälle, in denen Minderjährige „ohne legalen Aufenthaltsstatus" Hausarbeit in fremden Privathaushalten verrichteten.

Für das Anwachsen der „globalisierten Lohnarbeit in Privathaushalten" gebe es mehrere Ursachen: So gerieten immer mehr Frauen unter einen „polisch forcierten Zwang", durch Lohnarbeit Einkommen zu erzielen. Viele wollten durch eigenen Verdienst auch zu einer „autonomeren Lebensplanung" kommen. Viele Migrantinnen und Migranten hofften, sich während des Arbeitsaufenthaltes möglichst viel Geld sparen zu können, um nach erfolgter Rückkehr bessere Perspektiven im Heimatland zu erhalten. Ein Teil von ihnen versuche aber auch, sich „im Zielland" ein neues Leben aufzubauen.

Reorganisation des Sozialstaats fördert Reprivatisierung von Arbeit

„Eine Reihe von ökonomischen und politischen Faktoren begünstigen den Anstieg der Nachfrage nach bezahlter Arbeit im Privathaushalt. Die neoliberale Reorganisation des Sozialstaats hat in vielen Ländern zu einer (Re-)Privatisierung von Care-Arbeit geführt. Entgegen etwa der offiziellen Rhetorik von ´Vereinbarkeit von Familie und Beruf´ haben einige Wohlfahrtsstaaten in den vergangenen Jahrzehnten öffentliche Betreuungsleistungen abgebaut. Das drastische Beispiel Ostdeutschland, wo nach der Wende ab 1989 ein dichtes Kita- und Krippennetz abgebaut wurde, steht nicht allein. In Frankreich etwa findet ein Abbau des Kindertagesstättennetzes zugunsten der Förderung privater Lösungen statt, und der gemeinhin als fortschrittlich betrachtete Staat Niederlande kann mittlerweile als Vorreiter bezüglich der Durchdringung des Privatbereichs durch marktwirtschaftliche Kriterien gelten: Individualisierung von Betreuungsverpflichtungen und -arrangements werden ideologisch als freie Wahl und Selbstmanagement präsentiert (...)."

Im Gesundheitswesen seien durch die Einführung von Fallkostenpauschalen „vormals öffentlich erbrachte Pflegleistungen" wieder in den Privatbereich abgeschoben worden. Betriebswirtschaftliche Gründe veranlassten die Krankenhäuser dazu, Patientinnen und Patienten so schnell als möglich wieder nach Hause zu schicken, „wo sie dann private Lösungen finden" müssten. Zugleich werde in der Schweiz der öffentliche, nicht profitorientierte Pflege- und Betreuungsdienst Spitex, der Menschen in Haushalten betreut, „unter Ökonomisierungsdruck gestellt", so dass dessen Leistungen qualitativ und quantitativ immer unzureichender würden. Diese Zusammenhänge seien also weitere Gründe für die steigende Nachfrage nach bezahlter hauswirtschaftlicher Arbeit.

Die gesellschaftliche „Unsichtbarkeit" der bezahlten Hausarbeit einerseits sowie die Isoliertheit der Hausangestellten im Privathaushalt andererseits setzten dem Kampf um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausangestellten enge Grenzen.

Organisationsbemühungen der Hausangestellten

„Umso erfreulicher ist es, sich die vielfältigen Organisierungsbemühungen von Hausangesellten zu vergegenwärtigen. In den ´südlichen´ Kontinenten Asien, Afrika und Südamerika sind Kämpfe dabei weitaus ausgeprägter als in den Ländern des ´Nordens´, wo in aller Regel Gewerkschaften, Behörden und politische Organisationen ´stellvertretend´ für die Hausangestellten auf eine stärkere Regulierung hinarbeiten."

In der Schweiz versuche derzeit die Gewerkschaft Unia zusammen mit dem Gewerkschaftsbund SGB darauf hinzu wirken, dass der Bund bzw. die Kantone einen Normalarbeitsvertrag NAV erlassen, in dem Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen verbindlich

festgeschrieben werden. Angesichts der vielen bekannt gewordenen Fälle von Armutslöhnen und unwürdigen Arbeitsbedingungen sei dieser Schritt längst überfällig, zumal auf Arbeitgeberseite kein verhandlungsfähiger Verband existiere, mit dem die Gewerkschaften einen Gesamtarbeitsvertrag aushandeln könnten.

Der Denknetz-Infobrief „Globalisierte Lohnarbeit im Privathaushalt" (8 S.) findet sich im Internet unter http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_rubrique=55&design=1?=de.

Wertewandel

Wirtschaftskrise verändert Wertesystem der Bundesbürger

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das mentale Bewusstsein der Bevölkerung erfasst. Das stellt die Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (www.bertelsmann-stiftung.de) im Ergebnis einer repräsentativen demoskopischen Befragung durch TNS Emnid fest. Persönliche Beziehungen zu Freunden, in der Ehe, der Familie oder Partnerschaft gewännen angesichts der Rezession an Bedeutung. Die Suche nach Sinn und Orientierung werde intensiver. Gleichzeitig hätten aber auch materielle Werte wie Einkommen, Wohlstand und Sicherheit an Stellenwert gewonnen. „Eine sehr große Mehrheit der Deutschen wünscht sich als Konsequenz aus der Krise einen stärkeren Ausgleich zwischen Arm und Reich, mehr Solidarität von Alt und Jung oder die bessere Integration von Ausländern." Allerdings bezweifelten die meisten der 1.003 Befragten, dass die Krise den sozialen Zusammenhalt tatsächlich fördern werde. Die Bundesbürger zeigten sich auch skeptisch, ob die Krise zu einem Umdenken bei den Unternehmen geführt habe. Nur jeder Dritte glaube, dass sich die Wirtschaft künftig mehr an langfristiger Wohlstandssicherung als an kurzfristigen Gewinnen orientieren werde.

Für jeden vierten Bundesbürger habe in den vergangenen Monaten nach eigenen Angaben die Rolle der Familie, der Kinder oder die Beziehung zu den Eltern an Stellenwert gewonnen. Für 20 Prozent seien stabile persönliche Beziehungen und Freundschaften wichtiger als vor der Krise, für 15 Prozent die eigene Ehe oder Partnerschaft. Fast jeder Vierte habe zudem bekannt, „dass die Wirtschaftskrise Auswirkungen auf seine persönliche Orientierung und die Frage seines Lebenssinns" habe. Mehr als ein Drittel der befragten Bundesbürger (35 Prozent) hätten angegeben, dass für sie durch die Krise die Fragen von Einkommen, Sicherheit und Wohlstand wichtiger geworden seien. Insbesondere gelte dies für die Jüngeren (unter 40 Jahren), für Einkommensschwache und für größere Familien.

Solidarität in der Gesellschaft stärker fördern

85 Prozent der Befragten seien der Auffassung, „dass die Krise insbesondere die Solidarität zwischen Alten und Jungen wieder stärker in den Blick bringen sollte". Fast genauso viele (83 Prozent) meinten, der Ausgleich zwischen Arm und Reich solle „wieder stärker befördert" werden. Eine klare Mehrheit von 57 Prozent meine, „als Konsequenz auf die Wirtschaftskrise sollte die Integration ausländischer Mitbürger gefördert werden, weil diese auch für den gemeinsamen Wohlstand von Bedeutung sind".

Kaum Umdenken der Unternehmen erwartet

Obwohl kurzfristiges Gewinnstreben als „eine der wichtigsten Ursachen der Wirtschaftskrise" gesehen wird, glaube die Mehrheit der Deutschen nicht an ein Umdenken bei den Unternehmen. 60 Prozent der Befragten hätten erklärt, sie glaubten nicht, dass Unternehmen zukünftig mehr als bisher für eine längerfristige Wohlstandssicherung arbeiteten. 37 Prozent seien der Auffassung, dass die Unternehmen ihre Ziele neu ausrichten würden. Die Skepsis sei dabei unter Personen mit größerer Schulbildung am stärksten ausgeprägt. Nur 38 Prozent glaubten, dass die Unternehmen „zukünftig verantwortlicher mit ihren Mitarbeitern umgehen und auf ihre Fachkräfte achten werden".

Beim Thema Ökologie würden allerdings viele Deutsche einen generellen Neuorientierungsprozess zu mehr Nachhaltigkeit sehen.

Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Befragten glaube, im Gefolge der Krise werde die Gesellschaft mehr als bisher auf den Erhalt der Umwelt achten und mit der Energie und den Rohstoffen besser haushalten.

Studienergebnisse als Anzeichen eines Mentalitätswechsels

Der Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung, Dr. Gunter Thielen, deutet die Ergebnisse der Befragung als Anzeichen für einen Mentalitätswechsel: „Wir sehen auf der einen Seite deutlich das Ausmaß der Verunsicherung der Menschen und ihre Sehnsucht nach alten oder neuen Sicherheiten. Es gibt da verständlicherweise den Rückzug in das Persönliche und Verlässliche. Aber interessanterweise mündet der Wunsch nach Sicherheit und Gerechtigkeit bei der großen Mehrheit nicht in egoistische Lösungen auf Kosten von Randgruppen wie Migranten, sondern in Forderungen nach mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ausgleich. Die Politik sollte dieses erkennbare Potenzial zur Solidarität nutzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf allen Ebenen fördern." Die Umfrageergebnisse bestätigten erneut „das große Vertrauensdefizit in der Bevölkerung gegenüber Unternehmen". Nur eine Minderheit glaube, dass die Wirtschaft die richtigen Konsequenzen aus der Krise ziehen werde.

Transparenz als Prämisse für bewusste Entscheidung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe „erschreckend deutlich" werden lassen, konstatiert Dr. Brigitte Mohn (Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung), „wohin die Weltwirtschaft getrieben wird, wenn reines Profitstreben die Oberhand gewinnt. Dies war und ist auch eine Krise der Ordnungsstrukturen, es wäre deshalb falsch, sich möglichst schnell und ohne Veränderungen in den nächsten Aufschwung zu retten. Individualität muss sein, jeder muss seinen Beitrag leisten, aber Teamfähigkeit und die Bereitschaft, sich gemeinsamen Zielen unterzuordnen, ist zentral wichtig. So unterschiedlich die Antwort auf die Frage nach der richtigen Balance zwischen Autonomie und Steuerung sein kann und muss, so gibt es aber sicherlich eine Grundprämisse: Transparenz. Die Kunden, Verbraucher, Anleger, Patienten, Engagierten etc. brauchen Informationen, welche bewusste Auswahl und Entscheidung ermöglichen. Und die hierfür notwendige Transparenz muss gesteuert werden, wobei die Steuerung nach Gegebenheit zentral oder dezentral, regional, national oder international staatlich verordnet oder auch in Eigenverantwortung erfolgen kann."

Eine Hintergrundinformation zur Emnid-Umfrage „Sozialer Zusammenhalt und Nachhaltigkeit" unter dem Titel „Wirtschaftskrise hinterlässt Spuren in der Befindlichkeit der Deutschen" (4 S.) sowie ein Sonderheft des Magazins der Bertelsmann Stiftung „change" zum Thema „Deutschland 2020 – Blick nach vorn! Haltungen und Ideen für Wege aus der Krise. Vertrauen, Nachhaltigkeit und Steuerung" (76 S.) finden sich unter www.bertelsmann-stiftung.de *im Internet.*

Demographie

Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource?

Generationenbeziehungen, die in allen Lebenssphären bestehen, wirken nur dann als gesellschaftliche Ressource und tragen nur dann zur sozialen Wohlfahrt und Lebensqualität bei, „wenn sie Sozialkapital generieren, das nicht ausgrenzend wirkt und soziale Ungleichheiten reproduziert". Das stellen die Autoren eines Beitrages in der Schweizer Zeitschrift „Soziale Sicherheit" fest.

Das treffe aber bei weitem nicht auf alle oder die meisten der Kontakte zwischen den Generationen zu, wie viele Sozialforscher meinten. Das auf der individuellen Ebene akkumulierte Sozialkapital („seien das nun Freundschaften, familiäre Bindungen oder lockere Bekanntschaften") sei ein privates und kein kollektives Gut. Es nutze in erster Linie dem Individuum selbst und biete ihm unter anderem die Gelegenheit, sich den Zugang zu gesellschaftlich hoch bewerteten Gütern zu ermöglichen oder anderen Individuen diesen Zugang zu versperren.

Als „gesellschaftlich wertvoll", gemessen an der allgemeinen Lebenszufriedenheit („am Glück etc."), wirke individuelles Sozialkapital nur dann, „wenn es in den Aufbau von sozialen Netzwerken mündet, die den ´Brücken schlagenden´ Dialog mit anderen Netzwerken pflegen und/oder ihre Güter und Dienstleistungen auch Individuen zur Verfügung stellen, die nicht dem Netzwerk angehören".

Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen

Nicht nur die Theorie vom Sozialkapital, sondern auch das Konzept der Zivilgesellschaft betonten, dass an der Produktion sozialer Wohlfahrt nicht bloß die Unternehmen, die Familie und der Staat, sondern eine Vielzahl von freiwilligen Organisationen beteiligt seien, die viel Raum für Kontakte zwischen den Generationen bieten. Von daher müsse man beim Versuch, den gesellschaftlichen Nutzen dieser Kontakte zu bestimmen, auch jene außerhalb von Familien mit berücksichtigen. Die Generationenbeziehungsforschung vernachlässige aber in der Regel weithin jene sozialen Kontakte, die über die Familiengrenzen hinweg stattfinden.

Rolle sozialpolitischer Rahmenbedingungen

Die Wirksamkeit von Sozialkapital setze gute sozialpolitische Rahmenbedingungen voraus. Familien, „die unter materieller Not und kulturellem Kapitalmangel leiden" und eventuell auf die Erwerbsarbeit aller Familienmitglieder angewiesen sind, seien weniger in der Lage, gesellschaftlich wertvolles Humanvermögen zu generieren, als Familien, „die sich dank ihrer guten Ausbildung und eines hohen Erwerbseinkommens ein aufwändiges Erziehungs- und Pflegearrangement leisten" könnten. Auch für Organisationen seien die Rahmenbedingungen entscheidend. Für „freiwillige Assoziationen, seien das Kirchen, Sportvereine, Parteien oder Hilfswerke", sei unabdingbar, „dass der Staat ihnen ausreichend rechtlichen Raum verschafft, ihren Beitrag zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben wertschätzt, aber auch die Entfaltung ausgrenzender und totalitärer Organisationen unterbindet."

Rolle sozialer Ungleichheit

Schließlich dürfe man in der Debatte über „nicht-ökonomische Werte" von Generationenbeziehungen auch die Aspekte der sozialen Ungleichheit nicht aus den Augen zu verlieren: „So kollidiere einerseits die Arbeitsteilung innerhalb der traditionalen Familie und deren Freiheit, ihr ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital frei zu vererben, mit gleichstellungspolitischen und meritokratischen Postulaten." Und andererseits „verfügten Länder mit großen sozioökonomischen Ungleichheiten über weniger kollektives Sozialkapital" und folglich auch über eine geringere Lebensqualität. Eine auf die Familien fokussierte Generationenpolitik, die diese Sachverhalte ausblende oder eine Reproduktion sozialer Ungleichheiten zwischen den Generationen noch unterstütze, bewirke eher Wohlfahrtsverluste als Gewinne an Wohlfahrt.

Der Beitrag von Prof. Dr. M. Nollert, A. Kersten, Prof. Dr. M. Budowski (Universität Freiburg/Schweiz) „Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource?" (4 S.) und das gesamte Heft 5/2009 der Zeitschrift „Soziale Sicherheit", das Fragen der Generationenbeziehungen und der Generationenpolitik gewidmet ist, finden sich auf der Internetseite des Schweizer Bundesamtes für Sozialversicherungen: www.bsv.admin.ch/dokumentation/publikationen/00096/02357/02684/index.html?lang=de.

Informationstechnologie

Bericht zum virtuellen Wettrüsten und zur „Cyberkriegsführung"

Das Unternehmen McAfee, Santa Clara, California/USA (www.mcafee.com), das weltweit Computer und Netzwerke präventiv „gegen bekannte und bislang unbekannte Bedrohungen" schützen will, hat nunmehr bereits seinen fünften „Virtual Criminology Report" veröffentlicht. Schwerpunkt bildet diesmal das Thema „Cyberkriegsführung". Damit wolle man keine ungerechtfertigten Ängste schüren, aber es sei offensichtlich, dass in einer wachsenden Zahl von Fällen die Schwelle zur finanziell motivierten Internet-Spionage längst überschritten sei und Attacken mit politischen Zielen immer häufiger würden. Dabei gehe es nicht um einen „Krieg zwischen Computern", sondern um eine Form der Kriegsführung, die zu „realen Schäden" und „realen Verwüstungen" führe.

In ihrem Bericht treffen die Sicherheitsexperten von McAfee folgende Aussagen:

- „Cyberkriegsführung", vor der man vor einigen Jahren erstmals gewarnt habe, sei inzwischen zu einer Realität geworden. In den kommenden zwanzig bis dreißig Jahren könnten „Cyber-Angriffe zunehmend zum Bestandteil der Kriegsführung werden. Auch ein „virtuelles Wettrüsten" sei „inzwischen definitiv Realität". Die USA, Russland, China, Frankreich und auch Israel seien im Besitz von „Cyberwaffen". Die britische Regierung plane, ein zentrales „Office of Cyber Security (OCS)" einzurichten, das die Abwehr von Online-Angriffen koordinieren solle. In den genannten Staaten entwickle man nicht nur Konzepte und Verteidigungsmittel gegen solche „Cyber-Angriffe", sondern auch raffinierte „offensive Cyberwaffen".
- „Cyberwaffen" könnten größere Schäden als andere Waffenarten anrichten, wenn sie „neben Regierungsnetzwerken" auch gegen hochempfindliche, mit dem Internet verknüpfte Systeme der Infrastruktur „wie Stromnetze, Telekommunikationssysteme, die Finanzwirtschaft und die Wasserversorgung" eingesetzt würden. In vielen Industriestaaten verfügten diese hochgradig vernetzten Systeme nicht über wirkungsvolle Security-Funktionen und seien sehr anfällig für solche Angriffe. Man habe Kenntnis von Studien, in denen untersucht worden sei, „wie solche Attacken effizient realisiert werden können".
- Der Begriff „Cyberkrieg" sei im Völkerrecht noch nicht definiert worden. Es sei derzeit „nahezu unmöglich", zu bestimmen, wann gegen solche „Cyber-Attacken" politische Schritte oder die Androhung militärischen Vorgehens gerechtfertigt sind. In die „Cyberkriegsführung" seien die verschiedensten Akteure verstrickt. Regeln für deren Handeln gebe es nicht. Und auch darüber, welche Organisationen für den Schutz und die Information der Öffentlichkeit verantwortlich sein sollten, seien die Diskussionen noch längst nicht abgeschlossen.
- Die Privatwirtschaft sei am stärksten gefährdet. Im Fall „politisch motivierter Cyberangriffe" werde sie höchstwahrscheinlich „unter Feuer genommen". In entwickelten Ländern befänden sich viele Teile der „kritischen Infrastrukturen" in privater Hand. Aber der Privatsektor könne auf sich allein gestellt und ohne Kenntnis der „Cyberverteidigungs-Strategie" der Regierung keine geeigneten Vorkehrungen gegen derartige Angriffspläne treffen.

Die Experten von McAfee wollen mit ihrem Bericht den internationalen Dialog „über den Schutz der digitalen Ressourcen vor der Geißel des Cyberkrieges" voranbringen.

Der „Virtual Criminology Report 2009" des IT-Sicherheitsunternehmens McAfee (40 S., engl.) findet sich im Internet unter http://resources.mcafee.com/content/NACriminologyReport2009NF.

Marketing

Fokussierung auf Kundenorientierung kehrt zurück

Ohne Orientierung auf die Kunden kann sich kein Unternehmen auf dem Markt behaupten. Gerade jetzt sei es notwendig, den Markt noch besser zu verstehen als bisher. Dies gehe aber nur, wenn mit dem Kunden „auf Augenhöhe und unmittelbar" geredet werde. Nur so würden die wirklichen Wünsche der Kunden erkennbar. Man müsse den Markt, die eigenen Produkte und Dienstleistungen und seine Kunden sehr genau „segmentieren". Da nicht alles auf einmal angegangen werden könne, sei eine „Fokussierung" nötig. Auf der Basis einer klaren Strategie für das Customer Relationship Management (CRM) „und einer eingehenden Ist-/Soll-Betrachtung" müssten „die wesentlichen kundenrelevanten Prozesse und Maßnahmen auf die Erfolg versprechende Segmente" ausgerichtet werden, schreibt Manfred Michèl Heros (Inhaber der boloria Marketing Consulting, Köln; www.boloria.de) in einem Fachartikel für www.marketing-boerse.de.

CRM-Trends der nächsten Jahre

Aus diesen Herausforderungen und Aufgaben resultierten „wichtige CRM-Trends der nächsten Jahre":

- **Die Fokussierung auf die Kundenorientierung werde zur Chefsache.**Nach dem Outsourcing und der Konzentration auf das Kerngeschäft wende man sich nun wieder dem Kunden zu. Dies sei vor allem in den so genannten Leitbranchen erkennbar. Hier werde eine konsequente Orientierung auf die Kunden und die daraus resultierende Neuausrichtung aller Unternehmensbereiche (Entwicklung, Produktion, Marketing, Vertrieb vom Management) verstärkt vorangetrieben, „um so die notwendigen Wettbewerbsvorteile zu schaffen".
- **Das Customer Relationship Management bekomme eine Führung.** Experten gingen davon aus, dass bis 2011 in jedem Unternehmen CRM-Manager der systematischen Kundenführung und -orientierung die notwendige Richtung geben. Ihre Hauptaufgabe werde sein, den „immer währenden Loop von Analyse und Optimierung zu überwachen" und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, vor allem aber den Return on Investment jeder Maßnahme ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen.
- **Customer Relationship Management werde „jederzeit und überall" betrieben.** Das CRM sei auch „im Web 2.0 angekommen". Immer mehr CRM-Anbieter böten zu ihren bestehenden Systemen Tools an, mit denen Unternehmen beispielsweise Social Networking (über Twitter etc.) systematisch betreiben könnten. Die Daten würden mobil, so dass „Verantwortliche von unterwegs über Blackberry oder iPhone jederzeit online die aktuellsten CRM-Daten abrufen" könnten.
- **Das Customer Relationship Management CRM werde „intelligent und bereitet sich auf das Web 3.0 vor".** CRM-Systeme würden einzelne Arbeitsschritte „immer mehr automatisieren". Im zukünftig entstehenden „semantischen Web" würden sie „selbstständig arbeiten und in der Lage sein, sich individuell auf jeden Kunden einzustellen und auf abweichendes Kaufverhalten passend zu reagieren". Die Kundenberater würden automatisch auf Geschäftschancen hingewiesen. Ihnen würden geeignete Maßnahmen vorgeschlagen, oder solche würden direkt automatisch eingeleitet.
- **Der „Kundenwert" trete in den Vordergrund.** Er löse das „Gießkannenprinzip" bei Kunden-Betreung ab. Eine konsequente Kundenorientierung werde dazu führen, dass für jeden Kunden mit geeigneten Verfahren „der erwartete Kundenwert" prognostiziert werden könne.

Globalisierung

Dimensionen und Chancen der Migration

"In jedem Jahr überwinden mehr als fünf Millionen Menschen aus Entwicklungsländern internationale Grenzen, weil sie sich in einem entwickelten Land bessere Lebenschancen erhoffen. Die Zahl der Migranten, die in ein anderes Entwicklungsland oder innerhalb ihres eigenen Landes umziehen, ist jedoch wesentlich höher", so zitiert das Internet-Nachrichtenportal „entwicklungspolitik online" (epo; www.epo.de) aus dem „Human Development Report 2009", der den Titel trägt „Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung". Der neueste Bericht des United Nations Development Programme (UNDP) plädiert für den offenen Umgang mit dem Thema Migration und für den Abbau von Vorurteilen: „Anders als gemeinhin angenommen, heben Migranten die Wirtschaftsleistung üblicherweise an und geben mehr, als sie nehmen".

Weltweit lebten zurzeit rund 200 Millionen Menschen außerhalb ihres Heimatlandes. Weniger als 70 Millionen von ihnen seien von einem Entwicklungsland in ein entwickeltes Land gezogen. Die meisten Wanderungsbewegungen gingen jedoch nicht über Landesgrenzen hinweg. Schätzungen zufolge seien rund 740 Millionen Menschen „Binnenmigranten", also fast viermal so viele wie internationale Migranten. Der Anteil internationaler Migranten an der Weltbevölkerung habe in den vergangenen 50 Jahren stabil bei rund drei Prozent gelegen.

Übertriebene Befürchtungen

Die weit verbreiteten Befürchtungen, Migration habe negative Auswirkungen auf die Zielländer, seien „übertrieben und oft unbegründet". Obwohl insbesondere der Migration von Afrika nach Europa große Aufmerksamkeit geschenkt werde, lebten nur drei Prozent der Afrikaner in einem Land, in dem sie nicht geboren wurden. Weniger als ein Prozent der Afrikaner lebe in Europa.

Die meisten Migranten stammten auch nicht aus den ärmsten Ländern. Die durchschnittliche Quote der Migration aus Ländern „mit niedriger menschlicher Entwicklung" liege unter vier Prozent. Dagegen wanderten aus Ländern „mit einem hohen menschlichen Entwicklungsstand" mehr als acht Prozent der Bevölkerung aus. Ein einheitliches Profil von Migranten gäbe es nicht. Sie seien Obstpflücker und Krankenschwestern, politische Flüchtlinge und Bauarbeiter, Wissenschaftler und EDV-Programmierer.

Ergebnisse der Migration überwiegend positiv

Als weitere Erkenntnis formuliert die UNDP-Administratorin Helen Clark in ihrem Vorwort, „dass die Mehrheit der Migranten keineswegs Opfer, sondern an ihrem ursprünglichen wie an ihrem neuen Wohnort in der Regel recht erfolgreich sind". Bei allen Aspekten der menschlichen Entwicklung, nicht nur beim Einkommen, sondern auch bei Gesundheit und Bildung, seien die Ergebnisse der Migration überwiegend positiv zu bewerten. Zum Teil sind diese Vorteile „immens" und kämen am stärksten den Menschen aus den ärmsten Gebieten zugute.

Die Autoren des Reports gehen davon aus, dass der „Migrationsdruck" in den nächsten Jahrzehnten „angesichts auseinander

driftender wirtschaftlicher und demographischer Trends" weiter zunehmen werde. Die Lebenschancen seien weltweit „extrem ungleich verteilt" und diese Ungleichheit sei der „wichtigste Antrieb" für die Migration", heißt es zu den Migrationsursachen.

Viele Ängste in den Zielländern seien „unbegründet". In Studien sei detailliert nachgewiesen worden, dass die Zuwanderung „im Allgemeinen die Beschäftigungsquote in der Zielgemeinde steigen lässt, Ortsansässige nicht vom Arbeitsmarkt ausgrenzt und die Investitionsquote in neue Unternehmen und Initiativen erhöht". Auch das Argument, dass die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, vor allem aus Dienstleistungsbereichen, aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen, Entwicklungsländern schade, könne „nicht gelten". Abgesehen davon, dass dieser „brain drain" kaum zu verhindern sei, lägen vor allem strukturelle Problemen (wie niedrige Bezahlung, unzureichende Finanzierung und schwache Institutionen) diesem Prozess zugrunde.

Hohe Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer

Es wird mitgeteilt, dass die Überweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer sich mittlerweile auf Gesamtbeträge summierten, „die weit höher sind als die jährlichen Entwicklungshilfeleistungen der Industriestaaten". Allerdings seien wegen der aktuellen Weltwirtschaftskrise viele Migranten entlassen worden, die ihre Familienangehörigen in der Heimat durch Geldzahlungen unterstützten. Das UNDP schätzt deshalb, dass die Geldtransfers von Migranten in die Entwicklungsländer von rund 308 Mrd. US-Dollar (2008) auf 293 Mrd. Dollar (2009) zurückgehen werden.

Die Autoren des Berichts schlagen vor, die „bestehenden Zuwanderungskanäle" weiter zu öffnen, um noch mehr Arbeitnehmern zu größeren Wahlmöglichkeiten zu verhelfen. Die grundlegenden Rechte der Migranten sollten gewährleistet und ihre Freiheiten erweitert werden. Die „Transaktionskosten von Migration" sollten gesenkt und Lösungen gesucht werden, die für die Länder und Kommunen, die die Migranten aufnehmen und auch für die Migranten selbst von Vorteil sind. Auch innerhalb der Länder sollten Migrationsbewegungen erleichtert werden. Schließlich sollten die Migranten systematisch in die nationalen Entwicklungsstrategien einbezogen werden.

Kritische Anmerkungen

Die Hilfsaktion Brot für die Welt (www.brot-fuer-die-welt.de) merkt zum Bericht kritisch an, dass darin „das Thema Klimawandel und die dadurch hervorgerufenen Migrationsbewegungen" kaum eine Rolle spielen. Auch fehle es an „klaren Vorschläge an die internationale Gemeinschaft, wie langfristig mit dieser Problematik umgegangen werden soll". Das Thema sei von großer Brisanz. Wissenschaftler gingen bereits davon aus, dass aufgrund fortschreitenden Klimawandels bis 2050 mehrere Hundert Millionen Menschen gezwungen sein könnten, ihre Heimat zu verlassen. Noch aber seien die Staaten nicht auf solche Szenarien vorbereitet.

Der vollständige „Human Development Report 2009" unter dem Titel: „Overcoming barriers: Human mobility and development" (229 S., engl.) ist unter http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2009/ *im Internet zu finden.*

Materialien

Breitenbach, Joana/ Nyíri, Pál: Maxikulti

Der Kampf der Kulturen ist das Problem – zeigt die Wirtschaft uns die Lösung? Frankfurt/ New York: Campus Verlag 2008, 192 S.,19,90 €, ISBN 978-3-593-38618-8

Kulturelle Kompetenz ist in vielen Stellenanzeigen zur Routinequalifikation geworden, „so selbstverständlich wie die Forderung, selbstständig zu arbeiten oder Englisch zu sprechen". Und ebenso selbstverständlich würden Angestellte, bevor sie in anderen Ländern eingesetzt werden, „ins Wochenendseminar ´Interkulturelles Management´ geschickt und lernen, wie multikulturelle Teams effektiv gemanagt werden, wie man Brasilianern Haarshampoo verkauft und mit Chinesen verhandelt". Auch zahlreiche „interkulturelle Handbücher" stehen bereit. Kultur ist also in aller Munde. Doch das bedeutet noch lange nicht, dass alle Menschen unter „Kultur" dasselbe verstehen. Allein im internen Sprachgebrauch des Goethe-Instituts finde dieser Begriff „auf 13 verschiedene Weisen Verwendung".

Während in früheren Jahren der Begriff „Kultur" primär die Schönen Künste bezeichnet habe, beziehe er sich zunehmend auch „auf alle Aspekte menschlichen Verhaltens, die nicht biologisch determiniert sind".

„Obwohl Kultur sich prinzipiell auf das erlernte Verhalten der ganzen Menschheit beziehen könnte, wird es in der Praxis hauptsächlich als Synonym für ´Unterschiede zwischen Gruppen´ verwendet. ´Kulturelle Differenz ist gegenwärtig die globale Leitwährung des Denkens über Kultur´, schreibt der Trierer Ethnologe Christoph Antweiler. Doch selbst in diesem Sinn bezeichnet ´Kultur´ so verschiedene Einheiten wie unterschiedliche Sprachgruppen, Ethnien, indigene Völker, Nationalstaaten oder ganze Zivilisationen. Kultur ist also Erklärungsprinzip für das internationale Weltgeschehen, Auslöser dramatischer gesellschaftlicher Konflikte, Grund gescheiterter Firmenfusionen und Ehen ebenso wie Geheimformel für Kreativität und wirtschaftliches Wachstum – und damit für fast alle eine Blackbox. Viele reden darüber, aber die wenigstens können sie beschreiben und definieren, geschweige denn ermessen, welche Bedeutung sie in der Arbeitswelt und Alltag wirklich hat." (S. 20)

Populäre Irrtümer über Kultur und ihre Ursachen

In den ersten Kapiteln ihres Buches bemühen sich die Ethnologin Dr. Joana Breidenbach, die sich seit mehr als 15 Jahren mit Fragen der Globalisierung und der Migration beschäftigt, und der Anthropologe Dr. Pál Nyíri, der auch schon Arbeiten zum Thema „Migration" publiziert hat, den Leser über „populäre Irrtümer über Kultur" und deren Ursachen aufzuklären. An vielen Beispielen demonstrieren sie, dass Kulturen heute größtenteils als „in sich geschlossene und homogene Gebilde" dargestellt werden, „obwohl sie in Wirklichkeit fließende Grenzen haben, intern heterogen sind und höchst umstritten ist, wer und was zur Kultur dazugehört". Der von den Autoren als „falsch" und „verkürzt" charakterisierte Kulturbegriff halte sich vor allem deshalb so hartnäckig, „weil er sich hervorragend strategisch nutzen lässt und es immer Menschen gibt, die davon profitieren". Das wird auf oft bedrückende Weise belegt. Selbst militärische Konflikte würden mehr und mehr „ethnisch-kulturell interpretiert".

Preis der Gesellschaft für das kulturelle Zerrbild

Die Autoren zeigen auf, wie der Glaube „an eine tief verwurzelte Unterschiedlichkeit der Kulturen" die Innen- und Außenpolitik

ebenso wie wirtschaftliches Handeln, zwischenmenschliche Beziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit beeinflusst und welchen Preis die Gesellschaft – finanziell, politisch, sozial und kulturell - „für das kulturelle Zerrbild" zu zahlen hat. Kritisch hinterfragen sie dabei auch die Identifizierung von Kulturgruppen durch „Multikulturalisten", die einerseits Toleranz und Anerkennung für andere Lebensformen einfordern, andererseits aber auch bestimmen wollen, „wer in seiner kulturellen Andersartigkeit anerkannt und gefördert werden" soll. Hier würden Menschen „aufgrund von Kriterien, für die sie nichts können (wie Sprache, Hautfarbe, Geburtsland oder Religion) in Gruppen eingeteilt – ein Vorgehen, welches liberalen Prinzipien widerspricht. (...) Dieser Prozess ist hochproblematisch. Wer hat das Recht, kulturelle Gruppen zu identifizieren, wer bestimmt, wer zu ihnen gehört und in welcher Weise die Mitglieder sich von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden?"

Begründet wird, warum sich die Bilder vom „Kampf" und vom „Dialog der Kulturen", aber auch viele Aktivitäten des „Ethnischen Marketings", zahlreiche „Kulturtipps" in Trainingsveranstaltungen und in Büchern einer ganzen Heerschar von Experten als kontraproduktiv erweisen. Sie würden Menschen nämlich oft daran hindern, ihr Verhalten eigenverantwortlich auf die jeweilige Situation abzustimmen und vielfältige Wahlmöglichkeiten zu nutzen. Auch „Leitkultur"- und Zielgruppendenken engten die kulturelle Vielfalt ein.

Kultur als Konzept

„Wir tun so, als sei eine Kultur ein autonomes Wesen mit einem Eigenleben. Aber Kultur ist nur ein Konzept. Kulturen treffen nicht aufeinander, sie kämpfen nicht miteinander und sie diskutieren auch nicht miteinander. Es sind immer einzelne Menschen, die miteinander Geschäfte machen, verhandeln, Anweisungen erteilen und entgegennehmen. Alle Menschen sind zwar auch Kinder ihrer Kultur, das heißt sie sind beeinflusst durch die Werte und Verhaltensstandards der sie umgebenden Gesellschaft, sie können aber nicht mit ihr gleichgesetzt werden." (S. 120)

Es sei ein „derart verfestigter Diskurs" über Kulturen und kulturelle Unterschiede entstanden, „in dem selbst ernst gemeinte Bemühungen einzelner Regierungen, Unternehmen und Individuen um eine kulturell sensible und informierte Politik zum Scheitern verurteilt sind, da sie auf Schablonen und nicht auf dem realen Leben aufbauen".

Wegen der Wirkungen des „herrschenden Kulturverständnisses" versuchten manche Wissenschaftler („unter ihnen auch solche, die jahrelang dafür gekämpft haben, dass kulturelle Faktoren in die Arbeit von Entwicklungshilfeorganisationen, Unternehmen und Regierungen einbezogen werden"), die Kultur wieder aus ihren Betrachtungen zu verbannen.

Auswahl aus der Vielzahl der Lebensentwürfe

Dem halten die Autoren entgegen: Es gibt kulturelle Unterschiede: „Ein Bewusstsein für die Verschiedenartigkeit von Menschen – dafür, dass es unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, was schön, gut, normal und richtig ist – ist notwendig, um unsere Welt zu verstehen und nicht in die Falle zu tappen, die jeweils eigenen Werte und Verhaltensnormen als Universalien auszurufen. (...) Ein Bewusstsein für kulturelle Unterschiede und ihre Wertschätzung ist in unserer globalisierten Welt auch deshalb wichtig, weil kulturelle Vielfalt eine enorme Chance für die Entwicklung jedes Einzelnen ebenso wie für die Menschheit als Ganzes birgt" (S.

129/130) - und dann eben jenes „Maxikulti" hervorbringt, wo Kulturen keine Schubladen sind, wo Menschen sich kennen lernen, um mehr voneinander zu verstehen, wo sie aus einer großen Vielfalt der Lebensstile und - entwürfe frei und selbstbewusst auswählen.

In einem gesonderten Kapitel unternehmen die Autoren den Versuch, „eine neue Perspektive auf kulturelle Unterschiede" zu entwerfen und Wege aufzuzeigen, „wie wir ein adäquates Verständnis von Kultur von der realen Bedeutung kultureller Unterschiede gewinnen und dieses wiederum in sinnvolle Kulturtrainings und eine sinnvolle Politik einfließen lassen können". Hier plädieren die Autoren dafür, von Unternehmen zu lernen, die dazu übergegangen sind, „sich kulturellen Unterschieden zu nähern, indem man am Leben anderer Menschen teilnimmt und individuelles Verhalten in überschaubaren Gruppen beobachtet und analysiert". Die „offene Herangehensweise lokal eingebetteter Beobachter" habe beispielsweise völlig neuen Produktideen hervorgebracht.

Kenntnisse der realen Lebensbedingungen erforderlich

Effektive Integrationspolitik basiere auf Kenntnis der realen Lebensbedingungen der Migranten. Für Diskussionen um Kultur in Einwandergesellschaften sei es von höchster Bedeutung herauszufinden, „welche kulturellen Praktiken wirklich integraler Bestandteil einer Gruppe sind". Erst vor dem Hintergrund realistischer Einschätzungen könnten zum Beispiel Ausnahmeregelungen gestattet oder kulturelle Argumente in der Strafverteidigung verwendet werden. „Doch selbst wenn wir herausfinden, dass bestimmte Praktiken innerhalb einer Gruppe weit verbreitet sind und argumentiert werden kann, dass sie integraler, vielleicht sogar notwendiger Teil der Gruppenzugehörigkeit sind, müssen sie noch lange nicht von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert werden, wenn sie zentralen liberalen Werten und Praktiken widersprechen." Strittige kulturelle Praktiken müssten in offenen Debatten ausgetragen werden. Erfahrungen zeigten, dass in Fällen, „in denen Menschen sich aufeinander einlassen, statt sich hinter ethnischen Etiketten zu verschanzen, eine Verständigung durchaus möglich ist".

Erfreulicherweise, so die Autoren, gebe es bereits „eine Reihe von sinnvollen Kulturtrainings", die sich dadurch auszeichneten, „dass sie nicht von kulturellen Großgruppen, wie Nationen, Ethnien oder Sprachgruppen, ausgehen. Sie hinterfragen kritisch, welche unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und situativen Faktoren in menschliches Verhalten einfließen, statt jeden Konflikt auf kulturelle Unterschiede zu reduzieren. (...) Sie präsentieren Menschen als strategische Akteure, nicht als kulturelle Automaten. Und sie betonen kulturelle Unterschiede nicht auf Kosten der vielen menschlichen Gemeinsamkeiten."

Die Autoren sind überzeugt, dass sich ethnographische Studien in der Entwicklungszusammenarbeit ausgezeichnet „als Basis und Korrektur für die Politikplanung" eignen. Ethnographische Methoden, mit denen nicht einzelne Projekte evaluiert, sondern höchst unterschiedliche Lebensbereiche vor Ort umfassend analysiert werden, sollten als „Realitätscheck für hochtrabende entwicklungspolitische Visionen" Anwendung finden.

Ein dreiteiliger Fragenkatalog schließt das recht anregende Buch ab. Er soll Interessierten helfen, „die Kulturfalle zu vermeiden". Mit seiner Hilfe können, wie ausführlicher gezeigt wird, Behauptungen, „die im Namen von Kultur aufgestellt werden", kritisch

hinterfragt und bewertet werden.

Impressum

Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-477

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Winfried Morgenstern
E-Mail: w.morgenstern@sozialbank.de

Verlag:

BFS SERVICE GMBH
Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln
Telefon 0221 / 97356-160
Telefax 0221 / 97356-164
E-Mail: bfs-service@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich